die zuständige Volksvertretung (§7 Abs. 1 Buchst. hGöV).

* Der Leiter hat die Tätigkeit des ihm unterstellten Fachorgans selbständig und eigenverantwortlich zu planen, zu organisieren und zu sichern. Das betrifft die Vorbereitung und Durchführung der Beschlüsse der Volksvertretung und des Rates auf dem jeweiligen Gebiet ebenso wie alle anderen notwendigen Entscheidungen und Leitungsmaßnahmen, die er im Rahmen seiner Kompetenz treffen muß. Dazu hat er das Zusammenwirken mit anderen Fachorganen des Rates, mit Kombinat, Betrieben und Einrichtungen im Territorium sowie mit den staatlichen und den gesellschaftlichen Kontrollorganen zu sichern. Die Leiter der Fachorgane üben im Auftrag des Rates die Anleitung und Kontrolle gegenüber den dem Rat unterstellten Kombinat, Betrieben und Einrichtungen aus.

Aus der Unterstellung der Fachorgane unter ihren Rat wie auch unter das zuständige Fachorgan des übergeordneten Rates bzw. unter das zuständige Ministerium oder ein anderes zentrales Staatsorgan folgt, daß der Leiter des Fachorgans dem Rat als kollektivem Leitungsorgan, dem Vorsitzenden des Rates und zugleich dem Leiter des Fachorgans des übergeordneten Rates bzw. dem Minister oder Leiter eines anderen zentralen Staatsorgans verantwortlich und rechenschaftspflichtig ist (§11 Abs. 3 GöV). Dieses Unterstellungsverhältnis schließt das *Weisungsrecht* des übergeordneten Leiters gegenüber dem Leiter des betreffenden Fachorgans der nachgeordneten Räte ein. (vgl. 5.7.). Solche Weisungen ergehen in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften und zur Lösung der staatlichen Aufgaben im jeweiligen Bereich. Das Weisungsrecht steht allein dem übergeordneten Leiter zu und ist nicht auf Mitarbeiter übertragbar. Die Leiter der Fachorgane sind an diese Weisungen gebunden. Sie haben den Vorsitzenden des Rates über erhaltene Weisungen übergeordneter Leiter zu informieren (§11 Abs. 3 GöV). Diese gesetzlich festgelegte Informationspflicht ist ein unerläßliches Erfordernis, um die Übereinstimmung zwischen der Tätigkeit der Fachorgane und der des Rates zu sichern und die kollektive Leitung der gesellschaftlichen Prozesse im Territorium zu gewährleisten.

Bei den Räten der kreisangehörigen Städte und Gemeinden, die keine Fachorgane besitzen, übt der Vorsitzende des Rates des Kreises

das Weisungsrecht gegenüber dem Bürgermeister aus. Die Leiter der Fachorgane der Räte der Kreise sind nicht berechtigt, den Bürgermeistern Weisungen zu erteilen.

Die Erfüllung der wachsenden Aufgaben der Fachorgane der Räte verlangt, die Effektivität ihrer Tätigkeit ständig zu erhöhen, die Leitungsbeziehungen rationell zu gestalten, unnötige Zwischenleitungen zu beseitigen sowie den Verwaltungsaufwand weiter zu senken. Zu diesem Zweck beschließen die Räte Rahmenstrukturen und Arbeitsordnungen für die Fachorgane sowie andere Organisationsgrundlagen.

2.5.

Die staatlichen Einrichtungen

2.5.1.

Aufgaben und Rechtsstellung der staatlichen Einrichtungen

Staatliche Einrichtungen sind eine spezifische Organisationsform des sozialistischen Staates. Sie erfüllen staatliche Aufgaben und erbringen Leistungen.¹⁸ Staatliche Einrichtungen tragen dazu bei, die Grundrechte der Bürger zu gewährleisten. Soweit erforderlich, sind sie mit staatlichen Befugnissen ausgestattet. Sie können daher in Verwirklichung ihrer Aufgaben den Bürgern Rechte gewähren oder Pflichten auferlegen und üben - soweit dies im Rahmen der ihnen durch Rechtsvorschriften übertragenen Befugnisse vorgesehen ist - *eine vollziehende erfügende Tätigkeit* aus (vgl. Kap. 1). Während jedoch für die Organe des Staatsapparates die vollziehend-verfügende Tätigkeit charakteristisch ist, steht bei den staatlichen Einrichtungen grundsätzlich *das Erbringen von Leistungen im Vordergrund* ihres Wirkens. Staatlichen Einrichtungen obliegen vor allem Aufgaben auf den Gebieten der Wissenschaft

18 Vgl. zu den folgenden Ausführungen W. Büchner-Uhder/W. Kemnitzer, „Die staatlichen Einrichtungen in der politischen Organisation der sozialistischen Gesellschaft“, Staat und Recht, 1980/10, S. 885ff.; S. Lörler, „Aufgabenstruktur und Tätigkeit der staatlichen Einrichtungen der örtlichen Räte“, Staat und Recht, 1981/11, S. 1017 ff.